

Uli Röhm/Wilfried Voigt

Das Lohndumping-Kartell



Großverlage bekämpfen den Post-Mindestlohn

Uli Röhms/Wilfried Voigt
Das Lohndumping-Kartell

Uli Röhm ist seit über 20 Jahren Fernsehjournalist beim ZDF in Mainz und einer der Gründungsredakteure des Wirtschaftsmagazins WISO. Er befasst sich mit Sozialpolitik und berichtet als Autor in zahlreichen Filmen, Artikeln und Büchern über Wirtschaftskriminalität.

Wilfried Voigt arbeitet seit mehr als 30 Jahren vor allem für Printmedien und war langjähriger *Spiegel*-Korrespondent. Er deckte viele Politik- und Medizinskandale auf und erhielt 1987 den Wächterpreis der Tagespresse. Heute lebt er als freier Journalist in Wiesbaden.

Uli Röhms/Wilfried Voigt

Das Lohndumping-Kartell

Großverlage bekämpfen den Post-Mindestlohn

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Titelfoto: Demonstration von PIN-Beschäftigten in Berlin (Foto: dpa)
Druck und Buchbindearbeiten: Offizin Andersen Nexö, Leipzig
ISBN 978-3-89965-274-1

Inhalt

Das Lohndumping-Kartell	7
»Schlimmer als bei Lidl«	10
Belegte Brötchen von der Arbeitgeber-Liste	13
Springer & Co. blockieren Tarifverhandlungen	17
Ein Ex-SPD-Sozialminister als neuer Arbeitgeberpräsident und eine Kanzlerin für Hungerlöhne	25
»Eins, zwei und vor wir sind der Briefdienstchor«	29
Arbeitgeberinteressen und eine gekaufte Gewerkschaft	
»Bild« kämpft für sich	38
Geschäftsmodell Lohndumping	47
Oder: Wer das Internet verschläft, den bestrafen (nicht nur) die Anzeigenkunden	
Schneckenpost ade?	58
Marktliberale Verheißungen der Postreform und ihre Kehrseiten	
Post in grün und orange	63
Die Big Player PIN und TNT	
Please Mrs. Postman...	79
Warum die BriefträgerInnen unser Vertrauen brauchen	
Die Bundesnetzagentur – eine »großzügige« Regulierungsbehörde	84
Perverser Kapitalismus: Her mit den Hungerlöhnen?	87

Das Lohndumping-Kartell

Verkehrte Welten: Da wird unter dubiosen Umständen eine neue Gewerkschaft ins Leben gerufen, die ihre Mitglieder nicht etwa für höhere, sondern niedrigere Löhne auf die Straße schickt. Da gelangt ein ehemaliger SPD-Sozialminister aus Rheinland-Pfalz an die Spitze eines neuen Arbeitgeberverbandes, dessen erklärtes Ziel nur noch darin besteht, einen Mindestlohn für die Briefbranche mit allen Mitteln zu verhindern. Und da entbrennt wenige Wochen vor der geplanten endgültigen Liberalisierung des Briefmarktes ein heftiger politischer Streit darüber, für wen die Gewerkschaft ver.di und der Arbeitgeberverband Postdienste überhaupt einen Mindestlohntarifvertrag vereinbaren darf. Da wirft der CSU-Bundeswirtschaftsminister falsche Zahlen ins Spiel, um existenzsichernde Entgelte für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zu Fall zu bringen – und zerreißt damit fast die große Koalition aus SPD und CDU/CSU. Was sind die Hintergründe?

Ende 2007 soll das Briefmonopol der Deutschen Post fallen. Bereits jetzt stehen eine Reihe von neuen Briefdienstleistern in den Startlöchern, um ein Geschäftsfeld zu erschließen, in dem es viel zu verdienen gibt: Mit Postdienstleistungen werden in Deutschland derzeit mehr als 23 Milliarden Euro umgesetzt. Die neoliberalen Befürworter der Öffnung des Briefmarkts locken mit angeblich neuen Arbeitsplätzen und erheblichen Einsparungen für die Kunden. Woher jedoch sollen die kommen? Denn anders als bei der Liberalisierung der Telekommunikation winken auf dem liberalisierten Briefmarkt zwar hohe Gewinne, aber keine neuen Geschäftsfelder. Der Briefmarkt gilt als stagnierendes Geschäft, bestenfalls als »Nullsummenspiel«. Marktanteile können hier nur erobert werden, wenn sie anderen abgejagt werden.

Bisher traten die neuen Anbieter nicht mit innovativen Produkten und besseren Dienstleistungen für die Postkunden in den Wettbewerb im Briefmarkt, sondern nur – das wird in diesem Bchlein zu zeigen sein – mit einem auf Lohn- und Sozialdumping basierenden Geschäftsmodell,

das insbesondere von den großen Pressekonzernen der Republik betrieben und dank ihrer Medienmacht auch publizistisch begleitet wird.

Denn hinter den Big Playern der neuen Briefdienstleister stecken nicht irgendwelche »Heuschrecken«, sondern vor allem deutsche Großverlage, die die Liberalisierung des Briefmarktes nutzen wollen, um die von ihnen auf anderen Feldern verschlafenen Entwicklungen auf dem Pressemarkt auszugleichen.

Wer profitiert tatsächlich von dem angeblich eingesparten Briefporto? Kritische Studien und unsere Recherchen zeigen: Wenn die durch die Liberalisierung bei der Deutschen Post in der Briefsparte vernichteten Arbeitsplätze gegen die neu entstandenen Billigjobs gegengerechnet werden, dann sind bereits heute mehr als 12.000 Stellen weggefallen. Die Arbeitsbedingungen und die Löhne der neuen Briefdienstleister sind skandalös. In vielen Fällen liegt die Bezahlung der Minijobs auch nach langjähriger Berufstätigkeit weit unter dem von ver.di ausgehandelten tariflichen Einstiegsgehalt für Zustellkräfte bei der Deutschen Post AG. Viele der Beschäftigten bei den neuen Wettbewerbern können selbst bei Vollzeittätigkeit nicht einmal von ihrem Gehalt leben.

Und: Gegenwehr ist fast unmöglich, denn nur 3,5% aller Unternehmen in diesem Bereich haben einen Betriebsrat. Der Widerstand der Geschäftsleitungen gegen Mitbestimmung ist massiv, Betriebsratswahlen werden verhindert oder unterlaufen, Tarifverträge werden weitgehend missachtet.

Das vorläufig letzte Kapitel in Sachen Post-Mindestlohn: Die Union hat in dieser Frage zu Gunsten der mächtigen Verleger-Lobby entschieden. Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beugten sich dem massiven Druck der privaten Postdienstleister. Entgegen anderslautender Zusagen lehnten die Konservativen die Aufnahme der zwischen ver.di und der Deutschen Post AG ausgehandelten Mindestlöhne von acht bis 9,80 Euro ins Entsendegesetz ab. Während der Sitzung des Koalitionsausschusses in der Nacht zum 13. November 2007 wollten die Christdemokraten plötzlich nicht mehr als acht Euro akzeptieren. SPD-Chef Kurt Beck zeigte sich »geradezu perplex« über diesen Vorschlag, der »einfach unglaublich« sei. Der aus persönlichen Gründen am gleichen Tag zurückgetretene Vizekanzler und Arbeitsminister Franz Müntefering, der sich für die flächendeckende

Einführung des Mindestlohns in der Postbranche stark gemacht hatte, bezeichnete diesen Vorgang in einem Interview im *Deutschlandfunk* vom gleichen Morgen als »blanke Lobbypolitik... All die Sprüche, dass man deutsche Unternehmen und deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Dumping schützen will, die sind da schmähslich im Stich gelassen worden, denn ... Ab 1. Januar können die Unternehmen aus Europa nach Deutschland rein zu ihren Bedingungen... Da macht die CDU/CSU offensichtlich Lobbypolitik für ganz bestimmte Leute und hat sich gestern Abend und heute Nacht verweigert.«. Ein beispielloser Eklat. Das Lohndumping-Kartell hat sich – vorerst – durchgesetzt.

Insofern ist noch einmal in aller Schärfe deutlich geworden: Der aktuelle Konflikt um den Post-Mindestlohn ist weit mehr als ein klassischer Tarifstreit. Es geht dabei um nicht weniger als die Fragen, ob es weiter sein darf,

- dass Menschen, die Tag für Tag vollzeit harte Arbeit verrichten, so wenig verdienen, dass sie von ihren Löhnen nicht anständig leben können;
- dass Geschäftsmodelle für eine ganze Branche gesellschaftlich salonfähig werden, die auf Lohn- und Sozialdumping zulasten der Beschäftigten beruhen;
- dass Unternehmer auf den staatlichen Ausgleich ihrer Hungerlöhne durch den Steuerzahler spekulieren;
- dass die Liberalisierung eines milliarden schweren Marktes nicht – wie allenthalben gefordert – zu hochwertigen Dienstleistungen, innovativen Produkten und besserem Service führt, sondern zur Ausbreitung von Armutslöhnen und miesen Arbeitsbedingungen.

Wenn die hier zusammengetragenen Informationen dazu beitragen, das Bewusstsein für diese Fragen zu schärfen und den Widerstand gegen eine Entwicklung zu befördern, die die gesellschaftlichen Probleme allein auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen lösen will, dann hat unsere Intervention ihren Sinn erfüllt.